

WALDEMAR GROSCH

Typisch trotz Transformation?

Katholizismus in Schlesien zwischen Kaiserreich und Gegenwart

Die in der Tagung mehrfach aufgeworfene Frage, ob es einen regionalspezifischen Katholizismus überhaupt gibt, stellt sich auch bei der Beschäftigung mit Schlesien. Obwohl die geographische Abgrenzung des zu behandelnden Gebietes einfach erscheint – gemeinhin versteht man darunter die Tiefebene beiderseits des Mittel- und Oberlaufs der Oder –, ist es historisch schwieriger zu beschreiben: Zu keiner Zeit umfasste eine verwaltungsmäßige Einteilung den gesamten »schlesischen« Raum (die habsburgischen Besitzungen in Mähren oder das polnische Ostschlesien blieben meist außerhalb), dafür aber stets Gebiete, die sich selbst nicht als »schlesisch« wahrnahmen (wie die Grafschaft Glatz oder die Lausitz). Der Blick wird sich in der Folge deshalb auf das Gebiet des Bistums¹ Breslau richten, wie es 1821 durch die Bulle *De salute animarum* fixiert wurde. Es weist einige Besonderheiten auf, welche für die Suche nach einem spezifisch »schlesischen« Katholizismus von Bedeutung sind².

Zunächst handelte es sich um die größte Diözese Deutschlands, die neben ihrem eigentlichen Kerngebiet auch den »Delegaturbezirk« mit Berlin, Brandenburg und Pommern umfasste. Entsprechend war der Breslauer Ordinarius traditionell eine der dominanten Gestalten im deutschen Bischofskollegium. Weitgehend war die Diözese mit dem historischen Raum »Schlesien« identisch, ragte aber im Norden deutlich darüber hinaus, während das innerhalb der politischen Grenzen liegende Glatzer Land zum Erzbistum Prag und der Südwesten zum Erzbistum Olmütz gehörten. Dafür besaß der Breslauer Bischof aber noch Gebiete jenseits der Grenze im habsburgischen Mähren,

1 Ab 1930 Erzbistum.

2 Zur Geschichte des Bistums nach wie vor grundlegend: Werner MARSCHALL, *Geschichte des Bistums Breslau*, Stuttgart 1980; besonders anschaulich: Joachim KÖHLER, *Christlich leben im schlesischen Raum. Bistum Breslau*, 3 Hefte, Kehl 1995–1997. – Zur Geschichte Schlesiens: Norbert CONRADS, *Schlesien (Deutsche Geschichte im Osten Europas)*, Berlin 2002; Wolfgang IRGANG/Werner BEIN/Helmut NEUBACH, *Schlesien. Geschichte, Kultur und Wirtschaft (Historische Landeskunde – Deutsche Geschichte im Osten 4)*, Köln 1995; empfehlenswert der kurze Überblick von Hugo WECZERKA, *Schlesien*, in: *Handbuch der historischen Stätten*, hrsg. v. Hugo WECZERKA, Stuttgart 1977, XVI–XCIII (mit nützlichen Übersichtskarten); Wolfgang IRGANG, *Schlesisches Städtebuch*, hrsg. im INSTITUT FÜR VERGLEICHENDE STÄDTGESCHICHTE AN DER UNIVERSITÄT MÜNSTER u. a. (Deutsches Städtebuch 1 – Neubearbeitung), Stuttgart – Berlin – Köln 1995, XXXIII–XLIII. – Vgl. auch Jan KOPIEC, *Bistum Breslau*, in: *Die Bistümer des Heiligen Römischen Reiches bis zur Säkularisation*, hrsg. v. Erwin GATZ, Freiburg i. Br. 2003, 128–144; Erwin GATZ/Rainer BENDEL, (Erz-) *Bistum Breslau*, in: *Die Bistümer der deutschsprachigen Länder von der Säkularisation bis zur Gegenwart*, hrsg. v. Erwin GATZ, Freiburg i. Br. 2005, 120–140.

wo er auch nach der Säkularisation Landesherr blieb und deshalb den Titel »Fürstbischof« beibehielt³.

Während im Delegaturbezirk die Katholiken eine schwindende Minderheit waren, lässt sich für die eigentliche Diözese eine klare Zweiteilung beobachten: Der größere Teil – Niederschlesien, grob gesagt die Mitte und der Norden – war von einer Diaspora-Situation geprägt; hier residierte der Bischof, und zwar in der betont protestantischen Stadt Breslau. Der kleinere Südtel – Oberschlesien – war hingegen zu rund 85 % katholisch und wurde wegen der dort besonders ausgeprägten Volksfrömmigkeit als »Land unterm Kreuz« bezeichnet.

Oberschlesien unterschied sich aber nicht nur in konfessioneller Hinsicht vom übrigen Schlesien, sondern war zumindest in den südöstlichen Teilen nicht nur deutschsprachig. Nach dem »Völkerfrühling« 1848 wurde von der aufkommenden polnischen Nationalbewegung zunehmend die Frage gestellt, ob denn die Oberschlesier eigentlich »Deutsche« oder »Polen« seien. Diese Frage dominierte den ober-schlesischen Katholizismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und kulminierte in der Volksabstimmung von 1921, in der die Betroffenen selbst befragt worden sind. Als wesentliche Argumente in dieser Diskussion wurden historische Ansprüche, das durch die Sprache vor allem in Liturgie und Seelsorge angeblich markierte Nationalbewusstsein und die Konfessionszugehörigkeit genutzt. Es geht also um Deutungen bzw. Umdeutungen von Geschichte und um die Instrumentalisierung der Religion zu politischen und nationalen Zwecken. Deshalb müssen wir weit ausholen, denn die deutsche und die polnische Seite haben in dieser Auseinandersetzung nahezu gegensätzliche Narrative entwickelt.

Dies ist schon in der Bronzezeit erkennbar: Die in Schlesien nachgewiesene »Lautsitzer Kultur« wird von polnischen und tschechischen Forschern als »protoslawisch« angesehen, während die traditionelle deutsche Geschichtsschreibung sie als »proto-germanisch« deutete. Um Christi Geburt nennen römische Quellen die dort lebenden Stämme »Lugier« oder »Vandalen«; vom Teilstamm der Silinger soll der Name Schlesien abgeleitet sein. Heute spricht man nicht mehr so gerne von Germanen, sondern neutraler von einer »Oder-Warthe-Gruppe« oder übernimmt die in Polen gängige Bezeichnung »Przeworsker Kultur«, was einen eher slawischen Eindruck vermittelt. Bekanntlich zogen die Vandalen seit etwa 400 n. Chr. bis nach Nordafrika, doch dürfte ein erheblicher Teil in Schlesien verblieben sein; vielleicht sind sie für die »Wenden« namengebend gewesen.

Seit 550/600 vermischten sich einwandernde westslawische Gruppen mit der Vorbevölkerung – kriegerische Auseinandersetzungen scheint es dabei nicht gegeben zu haben. Die sich entwickelten »Stammesgaue« (so der »Bayerische Geograph«, Mitte 9. Jh.) lebten in durch ausgedehnte Waldgebiete voneinander getrennten »civitates«, wobei sich vor allem die Opolanen von den anderen abgesondert zu haben schienen.

Zu Beginn des 10. Jahrhunderts eroberte der Přemyslide Vratislav von Böhmen (um 888–921) das Gebiet bis zur Oder und soll die nach ihm benannte Grenzfestung Breslau angelegt haben. Damit ging die christliche Mission einher (wenn sie nicht sogar damit begründet wurde), zunächst vom 973 als Mainzer Suffragan entstandenen Missionsbistum Prag aus. Dies kollidierte mit der 968 zum gleichen Zweck unter Otto I. (912–973) errichteten Kirchenprovinz Magdeburg, deren Bistum Meißen nach einer Bestimmung Ottos III. (980–1002) um 996 ebenfalls bis zur Oder reichen sollte.

Um die Mitte des 10. Jahrhunderts war aber in unmittelbarer Nachbarschaft ein weiterer Staat entstanden, den man als Keimzelle Polens ansieht. Herzog Mieszko I. (um

3 Formell erst 1951 durch Pius XII. abgeschafft.

945–992) aus dem Hause der Piasten hatte spätestens 967 das lateinische Christentum angenommen; unter seinem Nachfolger Bolesław Chrobry (»dem Tapferen«) (965/967–1025) wurde das Reich auch auf Schlesien ausgedehnt. Im Jahr 1000 wurde dem durch Einrichtung einer polnischen Kirchenprovinz Gnesen Rechnung getragen, deren Suffragane Kolberg, Krakau und Breslau waren. Nach dem Tod Bolesławs konnte Böhmen ganz Schlesien kurzzeitig zurückerobern, musste es aber 1054 wieder an Polen herausgeben. Die 1137 im Glatzer Pfingstfrieden festgelegte Grenze gegenüber Böhmen und Mähren ist bis heute stabil, doch blieben damals Glatz und der südliche Teil Schlesiens noch bei Böhmen. Mit diesen lange zurückliegenden machtpolitischen Verschiebungen begründete Polen nach 1945 seine Ansprüche auf die »wiedergewonnenen Gebiete«.

1138 erließ Herzog Bolesław III. Krzywousty (»Schiefmund«) (1085–1138) testamentarisch die Senioratsverfassung für sein Reich: Es wurde unter seinen Söhnen aufgeteilt, wobei der älteste als Senior (Princeps) die Politik des Gesamtstaates bestimmen sollte. Aber schon der erste Senior, Władysław II. von Schlesien (1105–1159), wurde 1146 von seinen Brüdern vertrieben und floh zu seinem Schwager König Konrad III. (1093/1094–1152, König im Römisch-Deutschen Reich: 1138–1152). Seine drei Söhne wuchsen im Exil auf; ein Feldzug Friedrichs I. Barbarossa (um 1122–1190) im Jahre 1163 setzte sie wieder als wohl zunächst gemeinschaftlich regierende Herzöge von Schlesien ein, die dem Kaiser tributpflichtig waren, aber gleichzeitig in die Senioratsverfassung eingebunden blieben. 1173 teilten sie Schlesien unter sich auf, wobei Boleslaus I. der Lange den Löwenanteil übernahm. Nach seinem Tod eroberte sein Bruder Mieszko I. »von Rati-bor« das Opperland; Boleslaus' Erbe Heinrich I. (1165–1238) (verheiratet mit der hl. Hedwig von Andechs-Meran [1174–1243]) musste dies am 25.11.1202 anerkennen und akzeptieren, dass es zwischen den Fürstenthümern »von Schlesien« und »von Opperland« kein Erbrecht mehr geben sollte – damit waren die beiden schlesischen Herzogtümer de facto eigene Herrschaften.

An den aus der polnischen Dynastie der Piasten stammenden Söhnen Władysławs II. (1105–1159) hatte der langjährige Aufenthalt in Deutschland deutliche Spuren hinterlassen; sie und ihre Nachfolger heirateten fast ausschließlich deutsche Fürstentöchter und brachten zunächst Adelige und Geistliche aus dem Westen in ihr Land, um dann eine energische Anwerbung von Siedlern zu beginnen. Auffällig sind zunächst Klostergründungen (zwischen 1121/1138 auf dem Zobtenberg durch die Augustiner-Chorherren aus Arrouaise in Flandern, 1175 in Leubus durch die Zisterzienser aus Pforta, 1202/03 in Trebnitz durch die Zisterzienserinnen aus Bamberg), dann aber vor allem eine große Fülle von Siedlungsgründungen – einige durch Stadtrechtsverleihung an bestehende Orte wie Breslau –, vor allem aber planmäßige Neugründungen »auf der grünen Wiese«, die nach dem »Mongolensturm« 1241 bereits ihrerseits Kolonisten für weitere Neugründungen abgeben konnten. Am Ende des 13. Jahrhunderts war ganz Schlesien von der deutschrechtlichen Siedlung erfasst; die Siedler waren ausdrücklich vom polnischen Recht befreit und gegenüber ihren altansässigen Nachbarn privilegiert. Verbunden damit war eine massive Erhöhung der Pfarreien, weshalb das Bistum in vier Archidiakonate eingeteilt wurde (Breslau, Glogau, Liegnitz, Opperland). Während sich das Land wirtschaftlich und sozial positiv entwickeln konnte, entstanden durch dauernde Erbteilungen zahlreiche Kleinherrschaften, welche sich zur Abwehr der piastischen Verwandten in Polen mehr oder weniger freiwillig der böhmischen Lehnshoheit unterstellten. 1335 erkannte König Kazimierz III. d. Gr. von Polen (1310–1370) diese Entwicklung auch formell an und verzichtete im Vertrag von Trentschin auf alle schlesischen Gebiete. Damit war die seit 1163 nur noch theoretisch bestehende politische Verbindung Schlesiens zu Polen gelöst. Der Erzbischof von Gnesen konnte aber durchsetzen, dass das Bistum Bres-

lau weiter zu seiner polnischen Kirchenprovinz gehörte – es wurde erst 1821 auf Druck Preußens selbstständig. Über den rechtlichen Status der schlesischen Herzogtümer wird heute noch gestritten, vor allem ob sie (wie die deutsche Historiographie früher betonte) als Lehen Böhmens Teil des Reiches geworden oder (so die polnische Sicht) Untertanen eines eigenständigen »slawischen« Königreiches geblieben seien. Unumstritten ist aber, dass ihre Ländereien sich »verwestlicht« hatten; um die Mitte des 14. Jahrhunderts legen die Peterspfennig-Listen dar, dass von den 500 000 Einwohnern in Schlesien mehr als die Hälfte als »Deutsche« gezählt wurden.

Im 15. Jahrhundert erlebte das Land einen Niedergang; die meisten schlesischen Fürsten hatten sich nach der Verbrennung Jan Hus' (um 1370–1415) auf die Seite König Sigismunds (1368–1437) gestellt und sich damit im Königreich Böhmen selbst isoliert. Die Hussitenkriege fanden zu einem erheblichen Teil in Schlesien statt, wo die radikalen Taboriten einzelne Städte bis zu fünf Jahre lang besetzt hielten. Randgebiete Schlesiens wurden an polnische Fürsten verkauft, der Handel auf der Hohen Straße hatte seit der osmanischen Besetzung der italienischen Schwarzmeerkolonien massiv an Bedeutung verloren, der Bevölkerungsrückgang und das Wüstwerden vieler Bauernstellen förderte das Durcheinandersiedeln von Deutschen und Slawen. Regelmäßig übernahm die jeweilige Minderheit die Sprache der Mehrheit, und schließlich lösten sich die polnischen Sprachinseln im späteren Niederschlesien fast vollständig auf. In Oberschlesien waren hingegen in der Mitte des Jahrhunderts fast alle deutschen Siedlungen slawisiert worden – im Westen tschechisch, sonst polnisch.

Nach dem Tod des Königs Ludwig II. von Böhmen und Ungarn (1506–1526) in der Schlacht von Mohács 1526 beerbte ihn der spätere Kaiser Ferdinand (1503–1564, Kaiser des Hl. Röm. Reiches: 1558–1564); Schlesien wurde habsburgisch. Inzwischen regierten dort nur noch drei piastische Fürstenlinien, die übrigen waren ausgestorben. Dazu kamen der Breslauer Bischof mit seinem Fürstentum Neisse-Grottkau, habsburgische Erbfürstentümer (dabei inzwischen auch Breslau), die Wettiner, die Hohenzollern und eine ganze Reihe von Standesherrschaften, die sich aus den alten Fürstentümern herausgelöst hatten und besonders im Osten vertreten waren. Die Habsburgerzeit brachte Schlesien erneut Stabilität und Wirtschaftsaufschwung; entsprechend wurde es als eines der reichsten Länder Habsburgs für die Türkenhilfe besonders herangezogen.

Die Reformation wurde in Schlesien früh eingeführt, 1518 fand die erste reformatorische Predigt auf Schloss Neukirch statt, 1520 wird eine lutherische Gruppe in Breslau erwähnt, 1564 waren nur noch der Bischof von Breslau und drei kleine Standesherrn (Loslau, Pleß und Trachenberg) katholisch. Besonders aktiv war der Reformator Kaspar von Schwenckfeld (1490–1561), den manche einen Schwärmer und Sektierer nennen. 1609 trotzten die schlesischen Stände König Rudolf II. einen de facto freie Religionsausübung garantierenden Majestätsbrief ab. Um diesen zu bewahren, schlossen sie sich nach dem Prager Fenstersturz (1618) den böhmischen Ständen an und huldigten dem Winterkönig. Die Reaktion des späteren Kaisers Ferdinand III. (1608–1657, Röm.-Dt. Kaiser: 1637–1657) bestand in einer vom Breslauer Fürstbischof (damals Erzherzog Karl von Österreich [1590–1624, Fürstbischof von Breslau: 1608–1624]) unterstützten Rekatolisierung Schlesiens, bei der Herrschaften zu Erbfürstentümern gemacht oder an katholische Adelige aus den habsburgischen Ländern verliehen wurden. Der bekannteste ist sicher Albrecht von Wallenstein (1583–1634), der Herzog von Sagan wurde. In den Städten wurden die gefürchteten »Liechtensteiner Dragoner« einquartiert, die eine Rückkehr zum alten Glauben teils mit Gewalt erzwangen.

Schlesien war im Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) schwer betroffener Kriegsschauplatz; in einigen Fällen setzten die schwedischen Truppen eine Rückkehr zum evangeli-

schen Gottesdienst durch, bis nach deren Abzug die Kaiserlichen wieder den alten Glauben einführen, und mitunter wiederholte sich dies mehrfach. Im Westfälischen Frieden (1648) erhielten nur die Fürstentümer Liegnitz, Brieg, Wohlau und Oels sowie die Stadt Breslau Religionsfreiheit; den niederschlesischen Erbfürstentümern wurden drei »Friedenskirchen« in Schweidnitz, Jauer und Glogau gewährt. Im übrigen Schlesien wurde die Rekatholisierung nun intensiviert, was zu einer Fluchtwelle in die Nachbarländer und zum Bau von »Zufluchtskirchen« jenseits der Grenzen führte; für die Protestanten im Landesinneren blieb nur die große Zahl von »Buschpredigern«.

Als 1675 der letzte Piast starb, übernahmen die Habsburger auch dessen Territorien, und im evangelischen Breslau wurde 1702 demonstrativ eine Jesuitenhochschule (Leopoldina) gegründet. In der Altranstädter Konvention von 1707 wurden dann über die drei Friedenskirchen hinaus sechs weitere »Gnadenkirchen« zugestanden (Teschen war dabei die einzige evangelische Kirche in Oberschlesien). Die Fürsten waren inzwischen weitgehend zu Mediatherren degradiert worden, viele Familien waren ausgestorben, weshalb die Kaiser weiterhin katholische Adelige einsetzen konnten: Liechtenstein, Lobkowitz, Auersperg. Entsprechend war die Landkarte Schlesiens recht übersichtlich geworden: Die habsburgischen Erbfürstentümer machten nun etwa 2/3 des Gebietes aus.

Die unsicheren Verhältnisse im 17. Jahrhundert haben überraschenderweise zu einer kulturellen Blüte geführt: Schlesien war Wirkungsstätte der wichtigsten deutschsprachigen Barockdichter (Martin Opitz [1597–1639], Andreas Gryphius [1616–1664] u. a.) und bedeutender Mystiker (Angelus Silesius [1624–1677]) geworden. Die gegenreformatorischen Orden waren Träger einer regen Bautätigkeit, die Schlesien zu einer Barocklandschaft von europäischem Rang machten.

1740 fiel das preußische Heer in Schlesien ein, nach drei Kriegen war Schlesien verwüstet und gehörte mit seinem größten Teil nun zu Preußen. Der Ausbau der Verwaltung gehört sicher zu den positiven Leistungen der Preußenzeit, und durch Peuplierungsmaßnahmen und Ausbau von Bergbau und Hüttenwesen stieg die Wirtschaftskraft des Landes.

1. Die Lage im 19. Jahrhundert

Die von den Piastenherrn geförderte deutsche Ansiedlung schuf zwar einen wohlhabenden Bauernstand, doch besonders aus den durch Hussitenkriege, Reformation, Rekatholisierung und den Dreißigjährigen Krieg schwer geschädigten Gebieten rechts der Oder wanderten viele Siedler in die Städte ab und verkauften ihr Land an Adelsfamilien, die so zu Großgrundbesitzern wurden. Nach den schlesischen Kriegen wurden sie zwar ausgewechselt, doch traten lediglich protestantische Preußen an die Stelle katholischer, habsburgisch gesinnter Adelige.

Die Säkularisation fand im Bistum erst 1810 statt; das Domkapitel wurde verboten, 68 Klöster und über 100 Pfarreien aufgelöst, das Bischofsland (Fürstentum Neisse, Herzogtum Grottkau sowie acht »bischöfliche Halte«) verstaatlicht. Da Katholiken den Kauf solcher Güter ablehnten, wurden sie meist von evangelischen Großgrundbesitzern erworben. Allerdings war der im habsburgischen Mähren liegende Besitz des Bischofs nicht betroffen, weshalb er seinen Fürstentitel weiterhin führte.

Während sich die wohlhabenden Bauern auf der linken Oderseite schon seit der Mitte des 18. Jahrhunderts gegenüber den Großgrundbesitzern stabilisieren konnten, bauten die Magnaten auf dem anderen Ufer ihren Einfluss massiv aus. Zur Bewirtschaf-

tung ihrer riesigen Ländereien benötigten sie eine große Zahl von Arbeitskräften und setzten sie nach ihrem Gutdünken dort ein. Die Spannungen entluden sich in Bauernunruhen (1793, 1811). Da der König den Adel als Stütze seiner Herrschaft brauchte, verschloss er vor diesen Missständen die Augen und duldete auch, dass die Magnaten die für 1807 bestimmte Bauernbefreiung bis 1848 hinauszögerten und sie dann derart manipulierten, dass Oberschlesien als Musterbeispiel für die ungerechte Behandlung der Bauern in die Literatur einging⁴. Von 1827 bis 1846 wurden in ganz Oberschlesien nur zehn größere Bauerngüter reguliert⁵, die Lage der übrigen Bauern aber verschlechterte sich deutlich. Zur Ablösung der nun wegfallenden Ansprüche der Grundherren traten gerade die finanzschwachen kleineren Bauern Teile des durch die Agrarreform in ihr Eigentum gekommenen Landes an die Magnaten ab. Infolge der stark ansteigenden Geburtenzahlen und der ungünstigen Erbteilung konnten sich kleinere Bauern auf ihren nun zu kleinen Parzellen nicht mehr halten, sie wanderten in die Industrie ab oder wurden Tagelöhner im Dominium. Von 1850 bis 1880 fielen 1806 Bauerngüter mit 49523 ha als nicht mehr existenzfähig an die Magnaten⁶.

Schließlich teilten sich sieben Großgrundbesitzer mit 2720 qkm 26 % des Bodens der ganzen Provinz⁷, insgesamt besaßen 54 Magnaten zusammen 57 % des Landes⁸. Diese Konzentration des Bodens und die damit verbundenen Bergbaunutzungsrechte sind für Deutschland einmalig und erklären sowohl die explosionsartige Entwicklung der ober-schlesischen Industrie wie auch die untragbare soziale Lage der Bevölkerung.

2. Der oberschlesische Bergbau

Schon in der Habsburgerzeit wurde von Gutsherren auf ihren oberschlesischen Besitzungen Bergbau betrieben. Die beginnende Industrialisierung eröffnete ihnen nun völlig neue Möglichkeiten und in wenigen Dekaden entwickelte sich der Südosten Oberschlesiens zum zweitwichtigsten Industriegebiet Deutschlands. 1788 wurde in der Friedrichsgrube (Tarnowitz) eine der ersten englischen Dampfmaschinen auf dem Kontinent in Betrieb genommen – Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832) reiste eigens zur Besichtigung an. Vor dem Ersten Weltkrieg verteilten sich 56 % der oberschlesischen Steinkohleförderung auf zehn Magnaten, während der Anteil des Preußischen Bergfiskus bei 24 % lag. Die Großgrundbesitzer erwarben sich enorme Reichtümer; die wichtigsten unter ihnen waren die Grafen Henckel von Donnersmarck (Graf Guido [1830–1916] war 1913 nach Gustav Krupp von Bohlen und Halbach [1870–1950] der zweitreichste Mann in Deutschland und wurde von Wilhelm II. [1859–1941] gefürstet), die Grafen Ballestrem (eine preußische Offiziersfamilie mit Piemonteser Wurzeln), die Grafen Schaffgotsch (die mit der hl. Hedwig aus Tirol gekommen waren), der Her-

4 So zitiert Georg F. KNAPP, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens, Leipzig 1887, regelmäßig Beispiele aus Oberschlesien, wenn er Missstände anprangern will. – Cf. Waldemar GROSCH, Deutsche und polnische Propaganda während der Volksabstimmung in Oberschlesien, Dortmund 2002, 6.

5 Josef PARTSCH, Schlesien. Eine Landeskunde für das deutsche Volk, 2 Bde., Breslau 1911, hier: Bd. II, 11.

6 Rudolf VOGEL, Deutsche Presse und Propaganda des Abstimmungskampfes in Oberschlesien, Beuthen 1931, 7.

7 PARTSCH, Landeskunde (wie Anm. 5), Bd. II, 8.

8 GROSCH, Propaganda (wie Anm. 4), 311.

zog von Ujest (zugleich Fürst zu Hohenlohe-Öhringen) und von Tiele-Winckler (Graf Franz Hubert [1857–1922] war 1912 der achtreichste Mann Preußens). Sie stellten ihren Reichtum mit eindrucksvollen bis protzigen Schlössern zur Schau, die heute noch beliebte Sehenswürdigkeiten sind.

Bei dem enormen Aufschwung der Industrie und ihrem großen Arbeitskräftebedarf kamen die besitzlos gewordenen Bauern gerade recht. Sie standen aber in Konkurrenz zu den noch anspruchloseren Arbeitern, die aus den polnischen Gebieten Russlands (Großpolen) und Österreich-Ungarns (Galizien) schon lange als Saisonarbeiter nach Oberschlesien gekommen waren. Seit 1781 hatte sich die Bevölkerung des Kreises Beuthen von 12 300 auf 835 000 im Jahre 1910 erhöht, wobei man noch berücksichtigen muss, dass seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und vor allem nach 1871 auch hunderttausende Oberschlesier in das Ruhrgebiet abgewandert sind. Sie bildeten dort zusammen mit masurisch- oder kaschubischsprachigen Ostpreußen die rund eine halbe Million Menschen starke Gruppe der sogenannten »Ruhrpolen« - weit überwiegend preußische Staatsbürger, die aber von den westfälischen Arbeitern als »Polen« wahrgenommen wurden. Polen aus dem russischen Teilungsgebiet war durch das »Karenzzeitgesetz« von 1890 nur Saisonarbeit gestattet. Noch heute kann man an der Konfession von Trägern polnischer Namen im Ruhrgebiet die Herkunft ableiten: Ostpreußen waren meist evangelisch, Oberschlesier katholisch. In Oberschlesien führte das große Angebot an Leuten, die auch für niedrige Löhne arbeiten wollten, zum Lohndumping und zu noch größerer Armut. Zwar versuchte die preußische Regierung, diesen Missständen abzuwehren, doch kamen ihre Hilfen stets erst dann, wenn die Katastrophe bereits eingetreten war. Außerdem änderte sie nichts an dem Grundproblem: der Konzentration des Grundbesitzes in der Hand weniger Familien.

Die erschreckende Armut der Landbevölkerung führte im 19. Jahrhundert vor allem in den Kreisen Pleß und Rybnik zu ständigen Hungersnöten, begleitet von Epidemien, denen in den Jahren 1847 und 1848 rund 40 000 Menschen zum Opfer fielen, fast 10 % der Bevölkerung dieser Kreise⁹. Berichte der herbeigeeilten Ärzte aus ganz Deutschland führten diese Katastrophe fast ausschließlich auf das unerhörte Elend der Bevölkerung zurück¹⁰. Man kann die soziale Lage also nur als katastrophal bezeichnen: Die mit der preußischen Monarchie identifizierten Magnaten erwarben extreme Reichtümer, die Bevölkerungsmehrheit blieb bettelarm, ein breiter Mittelstand fehlte.

3. Die Sprache der Oberschlesier

Trotz der jahrhundertlangen friedlichen Kolonisation Schlesiens durch deutsche Siedler und der Zugehörigkeit des Landes zu deutschen Staaten hatte sich der Gebrauch der deutschen Sprache nicht in allen Landesteilen durchsetzen können. Moderne historische Sprachatlanten bezeichnen den links der Oder gelegenen Teil Oberschlesiens meist als geschlossenen deutschen Sprachraum, weisen aber zumindest für den rechts der Oder

⁹ PARTSCH, *Landeskunde* (wie Anm. 5), Bd. II, 21.

¹⁰ Rudolf VIRCHOW, *Mitteilungen über die in Oberschlesien herrschende Typhusepidemie*, in: *Archiv für Pathologische Anatomie* 2, 1849, 143–322; Friedrich W.F. VON BÄRENSPRUNG, *Der Typhus in Oberschlesien 1848*, in: *Archiv für die gesamte Medizin*, Jena 1849, 448–483; *Die ober-schlesische Hungerpest mit amtlichen Zahlen (Eine Anfrage an die preußische Regierung)*, Leipzig 1848; Wilhelm MAK, *Die ober-schlesischen Notjahre 1844–1848. Ein Beitrag zur ober-schlesischen Kulturgeschichte*, in: *Gleiwitzer Jahrbuch* 1927, 43–99, hier: 43f.

gelegenen Teil ein polnisch-deutsches Mischsprachengebiet aus, bei dem sich der Anteil der polnischen Sprache nach Südosten hin erhöht, oder sehen dieses Mischgebiet sogar als rein polnischsprachig an¹¹. Dieser Zustand war den preußischen Behörden durchaus bekannt und führte vor allem in der Schulpolitik zu einer geradezu skurrilen Wechselhaftigkeit.

1763 wurde die preußische Schulpflicht auch auf Schlesien ausgedehnt und für die nicht deutschsprachigen Gebiete Oberschlesiens wurden eigens zweisprachige Lehrkräfte eingestellt – im Primarschulwesen meist Einheimische, die kaum ausgebildet und im Deutschen oft weniger bewandert waren. Allerdings sprachen sie auch nicht polnisch, sondern bedienten sich einer seit dem Mittelalter recht stabilen westslawischen Dialektgruppe. Sie hat kein eigenes Schrifttum entwickelt und steht dem Polnischen zwar nahe, hat aber durch die ständige Aufnahme deutscher Wörter und Satzstrukturen immer mehr Abstand zu diesem gewonnen und wurde von einigen Sprachwissenschaftlern sogar als eigenständige Sprache angesehen. Im 17. Jahrhundert bürgerte sich dafür der Begriff »Wasserpölnisch« ein; er leitet sich wohl von den Flößern her, die sich der Oder als Wasserstraße bedienten¹². Im 19. Jahrhundert wurde der Begriff aber zunehmend negativ als »verwässertes Polnisch« verstanden, weshalb er heute ungebräuchlich geworden ist. Hochpolnisch war für die meisten Oberschlesier wie eine Fremdsprache zu lernen, und für Polen klingt dieser Dialekt fremd und unverständlich.

Das enorme Bevölkerungswachstum speziell unter der Industriearbeiterschaft führte zu einem hohen Anwachsen der Bevölkerungsgruppe, die als Umgangssprache »Wasserpölnisch« benutzte. Während das Wachstum der Bevölkerung in den überwiegend deutschsprachigen Kreisen Oberschlesiens zwischen 1817 und 1910 53 % betrug, stieg sie in den übrigen Kreisen um 468 %! In den preußischen Volkszählungen wurde zwischen »Wasserpölnisch« und »Hochpölnisch« nicht differenziert, so dass 1910 knapp 53 % der Oberschlesier »Polnisch« als Muttersprache angaben, ohne deswegen beispielsweise bei Reichs- und Landtagswahlen auch für die polnische Liste zu stimmen.

Die Existenz anderssprachiger Minderheiten innerhalb Preußens wurde lange Zeit nicht als Problem betrachtet, doch sah man mit der Errichtung des Regierungsbezirkes Oppeln im Jahre 1816 Handlungsbedarf und skizzierte eine Sprachpolitik, die das »oberschlesische Polnisch« mangels einer Verbindung zum Hochpölnischen binnen 50 Jahren durch großzügige, aber zielstrebige Schulpolitik verdrängen sollte¹³. Der als sachverständig herangezogene Statthalter der preußischen Provinz Posen, Fürst Michael Hieronymus Radziwill (1744–1831), selbst Angehöriger eines bedeutenden polnischen Adelsgeschlechts, lehnte ein solches Vorgehen aber entschieden ab¹⁴.

11 VOGEL, Presse und Propaganda (wie Anm. 6), 5.

12 Reinhold OLESCH, Zur schlesischen Sprachlandschaft. Ihr alter slawischer Anteil, in: ZfO 27, 1978, 32–45, hier: 33; ebenso Wilhelm MAK, Zweisprachigkeit und Mischmundart in Oberschlesien, in: Schlesisches Jahrbuch für deutsche Kulturarbeit im gesamtschlesischen Raume 7, 1935, 41–52, hier: 47; Günther DOOSE, Die separatistische Bewegung in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg (1918–1922), Wiesbaden 1987, 174–182 zitiert mehrere tschechoslowakische Arbeiten, vor allem: Ladislav PALLAS, Úloha jazyka při vzniku a vývoji teorii a hnutí tzv. wasserpoláctví, šlonzáctví a moravectví, in: Slezský sborník 63, 1965, 471–500. – Eine abweichende Erklärung für die Entstehung des Begriffs gibt Norbert REITER, Die polnisch-deutschen Sprachbeziehungen in Oberschlesien, Wiesbaden 1960, 58, wonach ursprünglich die Bewohner der rechten Oderseite, also »von jenseits des Wassers« gemeint gewesen seien.

13 Johann BENDA, Betrachtung Oberschlesiens, in: Korrespondenzblatt der Schlesischen Gesellschaft für Vaterländische Kultur 1, 1820, 13–27.

14 VOGEL, Presse und Propaganda (wie Anm. 6), 14.

Deshalb entschloss man sich, mit dem 1822 ergangenen Spracherlass zu einer liberalen Lösung, die den »Polnischsprachigen« in Schule und Kirche völlige Freiheit gewährte. Auf die Verhältnisse in Posen und Westpreußen zugeschnitten, hatte dieser Erlass in Schlesien eine unbeabsichtigte Wirkung, auf welche die Opper Regierung auch wiederholt hinwies¹⁵. Die aufstrebende polnische Nationalbewegung, die sich auch im preußischen Teilungsgebiet auf ein Wiedererstehen Polens vorbereitete und als Widerstandskämpfer gegen die russische Unterdrückung in ganz Europa hohes Ansehen genoss, begann nämlich auch in den Schlesiern einen polnischen Stamm zu sehen, der lediglich durch die preußische Herrschaft seiner wahren Nation entfremdet worden sei. 1846 und 1848 kamen aus Posen und Krakau erstmals nationalpolnische Agitatoren nach Oberschlesien, stießen aber mangels Interesse an nationalen Fragen zunächst allenfalls bei den gebildeten Schichten auf Resonanz. Sie fanden aber im Schulrat Bernhard Bogedain (1810–1860) einen wohl unfreiwilligen Helfer. Seine Reform des ober-schlesischen Schulwesens war ein sehr modern anmutendes bilinguales Konzept: eine »kulturelle Hebung« der Sprecher des »wasserpolnischen« Dialekts sei am einfachsten, wenn man ihnen als Hochsprache zunächst das ihnen näherliegende Hochpolnische und erst später die für sie schwierigere deutsche Sprache beibrächte. In den Volksschulen der betreffenden Gemeinden wurde daraufhin das Hochpolnische ohne Befragung der Eltern zur Unterrichtssprache definiert, für den Gebrauch in den Kirchen wurden polnische Gebet- und Gesangbücher verbreitet, an Gymnasien die Zweisprachigkeit eingeführt¹⁶. Schulbücher und Lehrkräfte kamen aus Posen, denn in Oberschlesien fanden sich kaum Lehrer, die des Hochpolnischen ausreichend mächtig gewesen wären (sie wurden dafür teilweise in andere Landesteile versetzt). Bogedain gelang es so in bester Absicht, in den zehn Jahren seines Wirkens (1848–1857) bislang dialektsprachige Bevölkerungsteile mit der Hilfe der preußischen Behörden zu polonisieren. 1858 wurde er vom Breslauer Fürstbischof zum Weihbischof geweiht.

In den 1870er-Jahren musste man erkennen, dass man viele Oberschlesier damit von einem sozialen Aufstieg ausschloss und sie ihrem Staat entfremdete. Erschrocken über diese Entwicklung verfiel die Regierung in das andere Extrem, schaffte die polnische Unterrichtssprache wieder ab und begann nach 1872 mit einer strikten Politik der Germanisierung. Dafür war es jetzt aber zu spät: Der Anteil der Polnischsprachigen war deutlich gestiegen, die Lehrerschaft besonders auf dem Lande weitgehend polnisch gesinnt. Ab 1867 gab es mit dem »Katolik« in Beuthen eine polnische Zeitung in Oberschlesien, die der von Bogedain beeinflusste Lehrer Miarka herausgab. Polnische Vereine konnten Fuß fassen, und sogar Wallfahrten über die Grenze nach Tschenstochau wurden zur Verbreitung nationalpolnischer Ideen genutzt. Die plötzliche Kehrtwendung in der preußischen Kulturpolitik wurde von diesen Gruppen natürlich heftig kritisiert und auch viele bislang eher gleichgültige Oberschlesier verstanden sie nicht. Die größte Benachteiligung blieb aber bis nach dem Ersten Weltkrieg im Verborgenen: Nach einem geheimen Ministererlass von 1886 wurde zur höheren Beamtenlaufbahn nur zugelassen, wer als Muttersprache ausschließlich Deutsch angeben konnte. Wer also dank der Bogedainschen Schulreform hatte polnisch lernen müssen (und damit offiziell »zweisprachig« war), musste bei der Besetzung der entscheidenden Ämter in der Provinz auswärtigen Bewerbern weichen. Dies trug erheblich zur Entfremdung zwischen Beamtentum und Bevölkerung bei. Da die deutschsprachigen Oberschlesier im nun germanisierten Schulwesen keinen Anlass mehr hatten, zusätzlich polnisch zu lernen, spaltete sich die Bevölkerung zunehmend in zwei Lager.

15 Ebd.

16 Ebd.

Deutsch- und polnischsprechende Oberschlesier lebten aber immer noch bunt durcheinander und die Sprache spielte dabei im Alltag kaum eine Rolle – man sprach mit dem Steiger im Bergwerk eben polnisch, mit dem Grubeningenieur aber deutsch¹⁷. Dies zeigt aber auch, dass die Kenntnis der deutschen Sprache für einen beruflichen und sozialen Aufstieg unerlässlich blieb, obwohl Behörden und Kirchen stets großen Wert auf die Sprachkompetenz ihrer Mitarbeiter legten. Diesen Zustand empfanden polnischorientierte Kräfte als Unterdrückung ihrer »eigenen« Sprache, worunter sie sowohl die hochpolnische Schriftsprache wie auch den oberschlesischen Dialekt verstehen wollten. Von einer Unterdrückung des Hochpolnischen konnte kaum die Rede sein, war es doch in Oberschlesien erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts etabliert worden. Die Forderung nach Gleichberechtigung der in Oberschlesien bis vor kurzem fast völlig fremden hochpolnischen Sprache musste von den Behörden als verwegen, wenn nicht sogar landesverräterisch angesehen werden.

Zweifellos hat die sprunghafte und ungerechte Sprachenpolitik erheblich dazu beigetragen, die Bevölkerung von der preußischen Regierung zu entfremden; die polnisch inkulturierten Schülergenerationen, verstärkt durch den Zustrom polnischer Arbeiter in das Industriegebiet, fühlten sich nun zunehmend tatsächlich als Polen unter preußischer Fremdherrschaft. Die Behörden, oft verkörpert durch den gegen seinen Willen in ein ihm fremdes, durch die Ostmarkenzulage stigmatisiertes Land versetzten ehemaligen Unteroffizier, der sich nicht selten »schneidig« wie ein Kolonialherr aufführte, reagierten mit Misstrauen. In einer zweisprachigen Bevölkerung konnten sie aber am wahlweisen Gebrauch einer Sprache kein sicheres Kriterium für die Unterscheidung von nationalbewussten Polen und polnischsprachigen, aber loyalen Oberschlesiern gewinnen, weshalb sie die Konfession zur Diskriminierung nutzten: Polen waren in der Regel katholisch, also musste jeder, der katholisch war, auch Pole sein. Als Ergebnis entstand in den Köpfen der Verantwortlichen, aber auch immer stärker im allgemeinen Bewusstsein das Gefühl, dass »katholisch« und »polnisch« letztlich ein Begriff sei und man am religiösen Bekenntnis das nationale ablesen könne. Damit verknüpften sich Sprachenpolitik, der Aufschwung des polnischen Nationalbewusstseins und später der Kulturkampf Bismarcks mit der sozialen Frage in höchst unglücklicher Weise. Der oberschlesische Katholizismus wurde von den landfremden Beamten immer wieder als »schwermütig«, »devot« und »slawisch« beschrieben, als unmodern und durch die übermächtigen Priester fremdbestimmt, seine Zurückdrängung erschien im Interesse des Staates zu sein. Damit war durch die preußischen Behörden der oberschlesische Katholizismus definiert, und in Abgrenzung vom ungeliebten, als protestantisch angesehenen Staat übernahmen die Oberschlesier diese Zuschreibung bereitwillig.

Um dies auf die Frage nach dem »typisch schlesischen« Katholizismus zu übertragen: Während sich im von dieser Entwicklung unberührten Niederschlesien an der Diaspora-Situation und der dauernden Auseinandersetzung mit dem als staatstragend und privilegiert empfundenen Protestantismus wenig geändert hatte, wurde in Oberschlesien die konfessionelle Frage von einem nationalen Konflikt überlagert, der erhebliche politische Sprengkraft entfaltete. Der oft als »typischer« Schlesier beschriebene Kardinal Joachim Meisner (1933–2017, Kardinal: 1983–2017), geboren 1933 in einem Stadtteil der betont protestantischen Stadt Breslau, ist also allenfalls als Beispiel für den niederschlesischen Katholizismus geeignet – da er aber seit 1945 in der SBZ/DDR lebte (und somit nur seine ersten zwölf Lebensjahre in Schlesien verbrachte), dürften die 35 Jahre in der DDR (ab 1980 stand er als Bischof von Berlin zwischen den Blöcken) wohl viel prägender für ihn gewesen sein.

17 Deutsches Flugblatt (zweisprachig, o.J.): »Zwei Herzen und ein Schlag! Oberschlesier!« (Biblioteka Śląska Kattowitz, Nr. U 308 SL).

4. Die Rolle der Kirche

1821 war das Bistum Breslau durch die Bulle *De salute animarum* neu umschrieben worden. Es wurde aus dem Erzbistum Gnesen herausgelöst und war nun exemt; das in der Säkularisation aufgehobene Domkapitel wurde wieder errichtet. Territorial vergrößerte es sich enorm: Zwar gab es zwei Dekanate (Schildberg und Kempen) an Gnesen ab, erhielt aber vom Erzbistum Krakau die Dekanate Pleß und Beuthen (letzteres war ein wichtiger Teil des Industriegebietes). Die preußischen Provinzen Brandenburg und Pommern wurden ihm als Delegaturbezirk unterstellt – der Delegat, der Propst von St. Hedwig in Berlin, hatte aber in diesem riesigen Gebiet lediglich sechs Pfarreien zu betreuen. Zusätzlich kam die einzige Pfarrei der Lausitz, Neuzelle, vom Kollegiatstift Bautzen zum Bistum dazu. Damit war der Bischof von Breslau für fast alle preußischen Kerngebiete zuständig, womit ihm auch eine politische Rolle zuwuchs.

Dies erwies sich bald als schwierige Gratwanderung: Im »Mischehenstreit« kam es zum ersten großen Konflikt. 1803 hatte eine königliche Verordnung festgelegt, dass bei konfessionsverschiedenen Ehen die Kinder die Konfession des Vaters anzunehmen hätten – in Preußen also meist die evangelische. 1830 hatte Papst Pius VIII. (1761–1830, Papst: 1829–1830) dies scharf verurteilt; 1837 wurde der widersätzliche Kölner Erzbischof Klemens August v. Droste-Vischering (1773–1845, Erzbischof von Köln: 1835–1845) deshalb zu Festungshaft verurteilt. Der Breslauer Bischof Graf Leopold von Sedlnitzky (1787–1871, Bischof von Breslau: 1836–1840) verhielt sich aber loyal zum Staat und vermied jede Stellungnahme. Darauf verlangte der Papst seinen Amtsverzicht; Sedlnitzky resignierte 1840 und trat 1862 zum Protestantismus über (ein Unikum nach der Reformation). Der vom Breslauer Kapitel gewählte Nachfolger, Prof. Joseph Ignaz Ritter (1787–1857, Bischof von Breslau: 1840–1843), folgte der päpstlichen Position mit aller Deutlichkeit und wurde deshalb von der Regierung nicht anerkannt; er amtierte als Kapitelsvikar bis zur Wahl eines neuen Bischofs (Joseph Knaur, 1841/43–1844), der ihn demonstrativ zu seinem Generalvikar machte.

1845 wurde mit Melchior Frhr. von Diepenbrock (1798–1853, Bischof von Breslau: 1845–1853) ein neuer Bischof gewählt, der als eher staatsnah galt. In seine Amtszeit fällt das Problem mit dem bereits 1843 suspendierten Kaplan Johannes Ronge (1813–1887), der wesentlich zur Gründung des Bundes Freireligiöser Gemeinden beitrug. Er hatte 1844 einen von Robert Blum (1807–1848) im ganzen deutschsprachigen Raum verbreiteten Offenen Brief an den Bischof von Trier geschrieben, in dem er die von rund einer halben Million Gläubigen besuchte Hl.-Rock-Wallfahrt als »götzenhafte Verehrung« angriff. Darauf wurde er von Diepenbrock exkommuniziert und gründete in Laurahütte im Industriegebiet seine »deutschkatholische Kirche«. 1847 hatte diese stets auch soziale Bewegung bereits 259 Gemeinden, Gustav Struve (1805–1870) und seine Frau gehörten zu den Mitgliedern. Ronge nahm 1848 als radikaler Demokrat am Vorparlament teil, floh wegen Kritik am preußischen König 1849 nach England, heiratete dort und kehrte nach einer Amnestie 1861 wieder nach Breslau zurück. Trotz oder wegen Ronges Kritik an der Trierer Wallfahrt entwickelte sich zur gleichen Zeit der Annaberg bei Leschnitz zum zentralen Wallfahrtsort Oberschlesiens und damit zum Symbol der oberschlesisch-konfessionellen, aber auch der sprachlich-kulturellen Identität gegenüber der preußischen Herrschaft.

Die Autorität Diepenbrocks zeigte sich besonders 1848, als sein Hirtenwort genügte, um die Barrikadenkämpfe in Breslau zu beenden; in Oberschlesien gab es daraufhin überhaupt keine Unruhen mehr und der Wahlkreis Oppeln entsandte den Bischof sogar als seinen Abgeordneten in die Paulskirche. Auf Diepenbrocks Initiative hin (zusammen

mit dem Kölner Erzbischof Johannes von Geissel [1796–1864, Erzbischof von Köln: 1845–1864]) fand im November 1848 das erste Gesamttreffen der deutschen Bischöfe in Würzburg statt, das sich zur Bischofskonferenz verstetigte. Der zweite deutsche Katholikentag fand 1850 in Breslau statt. In diesem Jahr wurde Diepenbrock zum Kardinal ernannt; er starb 1853.

Die große Kirchentreuere der oberschlesischen Katholiken zeigte sich auch in dem von Diepenbrock stark geförderten Kampf gegen den Branntwein: Den von Pfarrer Johann Alois Fietzek (1790–1862) aus Deutsch Piekar gegründeten Mäßigkeitsvereinen gelang es, das Industriegebiet praktisch trocken zu legen, bis die Typhusepidemie von 1847 alle Mühen zunichte machen konnte.

5. Der freie Geist der schlesischen Theologie

1811 war die Frankfurter Viadrina nach Breslau verlegt und mit der Leopoldina verschmolzen worden; die sechs Theologieprofessoren (Tübingen hatte damals fünf) waren Breslauer »Altbestand« und wurden nun schrittweise durch »moderne« Gelehrte ersetzt. Diese erwiesen sich zunehmend als Problem. 1826 wurde der Exeget Anton Theiner (1799–1860) wegen einer »aufklärerischen« Schrift suspendiert und, nachdem er seine Kritik verschärft hatte, 1845 exkommuniziert. 1864 mussten der Alttestamentler Carl Stern wegen Trunksucht und der Moraltheologe Franz Pohl wegen Spielschulden und einer Gefängnisstrafe gesperrt werden. In den Jahren 1860–1867 wurde drei weiteren Professoren die Lehrerlaubnis entzogen: dem Moraltheologen Franz Joseph Bittner wegen eines Streits mit dem Bischof, dem Dogmatiker Johann Baptist Balzer und dem Kirchenhistoriker Joseph Hubert Reinkens wegen Häresie.

Auf dem Ersten Vatikanischen Konzil trugen besonders die deutschsprachigen Konzilsväter ihre Zweifel an der Infallibilität des Papstes vor; ihre Mehrheit (darunter auch Fürstbischof Heinrich Förster [1799–1881, Fürstbischof von Breslau: 1853–1881]) reiste aus Protest vor der entscheidenden Abschlussitzung ab. Die unruhige Breslauer Fakultät ließ es aber nicht dabei: Reinkens, Balzer sowie die Philosophen Peter Joseph Elvenich (bereits 1834 entlassen) und Theodor Weber schlossen sich mit Kollegen anderer Universitäten zur »altkatholischen Bewegung« zusammen, worauf Reinkens und Weber exkommuniziert, Balzer suspendiert wurde. Die preußische Regierung hingegen förderte die Altkatholiken als romfreie Nationalkirche. Reinkens wurde erster altkatholischer Bischof in Deutschland, Weber sein Nachfolger.

Der freie Geist der schlesischen Theologie blieb übrigens noch lange erhalten; bekanntestes Beispiel ist der Kirchenhistoriker Joseph Wittig (1879–1949)¹⁸, 1926 wegen »dauerhaftem Verstoß gegen die kirchliche Lehre« exkommuniziert, und auch der Kirchenkritiker Hubertus Mynarek (*1929), früher Professor für Religionswissenschaft an der Universität Wien, stammt aus dem Bistum; er ist angeblich der erste katholische Theologieprofessor des 20. Jahrhunderts, der (1972) aus der Kirche ausgetreten ist.

¹⁸ Vgl. zugleich Klaus UNTERBURGER, Roman mit Gott? Die Verurteilung und Exkommunikation des schlesischen Kirchenhistorikers und Schriftstellers Joseph Wittig (1879–1949) im Licht der neu zugänglichen vatikanischen Quellen, in: Archiv für Schlesische Kirchengeschichte 70, 2012, 199–224.

6. Der Kulturkampf

Als Otto von Bismarck (1815–1898) gegen das erwachende polnische Nationalbewusstsein vor allem in Posen vorgehen wollte, griff er zu dem Vorwurf des »Ultramontanismus«, wonach die Katholiken unzuverlässige Staatsbürger seien, da sie ja dem Papst jenseits der Berge im Zweifel eher gehorchen mussten als dem preußischen König. Natürlich wurden durch diesen Vorwurf auch alle anderen Katholiken in Preußen (besonders im Rheinland und in Oberschlesien) getroffen; sie wehrten sich dagegen und ergriffen Partei für die angegriffenen posenschen Glaubensbrüder. Damit war für Bismarck klar, dass alle Katholiken Feinde des protestantisch geprägten Preußen seien, und entsprechend ging er im sogenannten Kulturkampf mit harten Gesetzen gegen sie vor. Im Bistum Breslau wurden das Priesterseminar und die Konvikte geschlossen, die Zahl der Neupriester nahm ab, weshalb Pfarrstellen verwaisten.

Die unbeugsamen Priester, die lieber ins Gefängnis gingen, bevor sie sich dem protestantischen Staat unterwarfen, wurden nicht selten zugleich als polnische Märtyrer gefeiert. Sie hatten damit ein Glaubenszeugnis abgelegt, das sie in den Augen der Bevölkerung von den »kollaborierenden« Geistlichen abhob, die nur zu gerne mit dem Deutschtum identifiziert wurden. Dabei wurde auch Fürstbischof Förster zu einer Gefängnisstrafe verurteilt; er floh auf seine außerhalb Preußens liegenden Besitzungen (Schloss Johannesberg) und starb dort; das Bistum wurde 1875–1882 vom Kapitelsvikar verwaltet.

1887 ernannte Papst Leo XIII. (1810–1903, Papst: 1878–1903) auf Intervention der preußischen Regierung den Bischof von Fulda, Georg von Kopp (1837–1914, Bischof von Fulda: 1881–1887, Bischof von Breslau: 1887–1914), zum Nachfolger Försters und übergab damit das Wahlrecht des Kapitels. Bismarck schätzte Kopp als »maßvollen Geistlichen«, und tatsächlich nahm dieser eine überaus vermittelnde Haltung ein, wegen der er auch als »Staatsbischof« geschmäht wurde. Besonders in Polen sieht man ihn negativ, dabei hat gerade er sich für das Recht der Muttersprache in Liturgie und Seelsorge eingesetzt; auf seine Anordnung hin wurde das Rituale auf Latein, Deutsch und Polnisch herausgegeben und Theologiestudenten aus zweisprachigen Gebieten mussten vor ihrem Eintritt in das Seminar die polnische Sprache lernen.

Unter Kopp wuchs das Bistum erheblich: aus den 2238000 Katholiken bei seinem Amtsantritt wurden (Stand: 1907) 3305000, aus 858 Pfarreien und Kuratien wurden 922 und die Zahl der Priester stieg von 1156 auf 1632 – immer noch viel zu wenig, denn 545000 Katholiken blieben aufgrund der gesetzlichen Regelungen ohne zuständigen Seelsorger.

Kopp wurde 1893 Kardinal; seit 1900 war er Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz und zweimal fand in seiner Amtszeit ein Deutscher Katholikentag im Bistum statt (1899 in Neisse, 1909 in Breslau). Kopp starb im Jahre 1914.

7. Der Aufschwung der nationalpolnischen Bewegung

Unter der Geistlichkeit waren engagierte Verfechter des Polentums zunächst eher selten, doch bemühten sich seit der Mitte des 20. Jahrhunderts polnische Organisationen um Kandidaten aus ärmeren Volksschichten, denen sie mit Stipendien ein Theologiestudium ermöglichten und deshalb mit deren Dankbarkeit rechnen konnten. Gleichzeitig hatten der wirtschaftliche Aufschwung und die hohen Geburtenzahlen die Gemeinden im Industriegebiet ganz erheblich vergrößert, weshalb die überlasteten Pfarrer von ihren Gläubigen zunehmend entfremdet wurden, dafür aber weit höhere Einnahmen hatten. Die riesigen

Pfarreien wurden nun immer häufiger als Auszeichnung an verdiente, oft ältere Geistliche verliehen, die dem Bischof in Breslau nahestanden und denen für die konkrete Seelsorgearbeit zahlreiche junge Kapläne beigegeben wurden. Diese, oft durch die polnischen Stipendien gefördert, engagierten sich in den Problempfarreien des Industriegebietes sichtbar bis an die Grenze ihres Leistungsvermögens, so dass für die Gläubigen der Eindruck entstehen konnte, dass der Wert eines Priesters mit seinem nationalen Bekenntnis in Zusammenhang stehe. Vereinfacht lässt sich sagen, dass der höhere Klerus in Oberschlesien überwiegend aus deutsch gesinnten Geistlichen bestand, während es unter den niederen Klerikern zahlreiche polnisch gesinnte Priester gab, welche in der Beeinflussung ihrer Pfarrkinder für den Anschluss an ihr »Mutterland« nichts Unangemessenes sahen¹⁹.

In der Verbindung von katholischer Kirche und Polentum hatte aber Bismarck gerade die Gefahr gesehen und deshalb Druck auf die Geistlichkeit ausgeübt. Die Katholiken, egal ob deutsch oder polnisch sprechend, hielten in diesem Streit regelmäßig zu ihren Priestern, und statt einer engeren Bindung an den Staat kam es zum gegenteiligen Effekt: In Oberschlesien konnte sich die katholische Zentrumsparterie deutlich verstärken, die zwar Preußen gegenüber loyal war, aber auch das ebenfalls katholische Polentum schützen wollte. Damit erzwang Bismarck letztlich eine engere Verbindung der Oberschlesier mit der anfänglich nur sehr kleinen polnischen Gruppe innerhalb des Zentrums.

Von entscheidender Bedeutung wurde dabei die Person Albert (Wojciech) Korfantys (1873–1939), der erst als Schüler mit nationalpolnischem Gedankengut in Berührung kam. Er machte sich bald zum Führer der polnischgesinnten Oberschlesier und gewann durch sein forsches Auftreten und seine populistischen Methoden viele Anhänger. Zunächst zog er als Abgeordneter des Zentrums in den Deutschen Reichstag ein, begründete dann aber eine eigene polnische Liste, die 1907 immerhin mit 115 090 Stimmen fünf Mandate im preußischen Landtag erringen konnte. 1912 flaute die polnische Bewegung in Oberschlesien wieder ab, Korfantys Liste verlor ein Mandat.

Die entscheidende Wende brachte der Erste Weltkrieg, in dem die Oberschlesier zwar pflichtgemäß für Deutschland kämpften, als Kriegsgefangene aber der Werbung für den Eintritt in eine der polnischen Exilarmeen ausgesetzt waren (in Frankreich die »Blaue Armee« des General Józef Haller (1873–1960), in Russland die »Polnische Schützendivision« des Józef Dowbór-Muśnicki [1867–1937]) und damit dem Lager entkommen konnten – nicht wenige der polnischen Kommandeure in der Abstimmungszeit waren preußische Offiziere, die erst im Kriegsgefangenenlager ihr Polentum entdeckt hatten²⁰.

Die Hungerjahre während des Krieges und der Ausbruch der Revolution zeigten die Schwäche des Reiches in aller Deutlichkeit, und viele Oberschlesier waren enttäuscht von ihrem Staat, dem sie selbst so viel geopfert hatten. Bis kurz vor Kriegsende hatte die deutsche Presse auch stets Siegesgewissheit verbreitet, wodurch der Eindruck entstand, man sei systematisch und bewusst belogen worden. Nun hatte man den Krieg verloren und befürchtete schlimmste Strafmaßnahmen der Sieger.

19 cf. Andrzej KORNECKI, Rola i udział duchowieństwa w powstaniach śląskich. In: *Życie i Myśl* 4, 1971, 132–134; Paweł DUBIEL, Hakietyści w sutanach, in: *Trybuna Ludu* 131, 1966, 4; Jan WYSOCKI, Kościół i duchowieństwo polskie wobec sprawy śląskiej, in: *Kościół Katol. na ziemiach polskich* 1, 1973, 259–276.

20 Zum Beispiel brachte es der Führer der polnischen Streitkräfte im Dritten Aufstand (1921), Mathias von Brudzewo-Mielzynski (Maciej Mielżyński) (1869–1944) bis zum Rittmeister im Garde-Kürassier-Regiment und Adjutanten Kaiser Wilhelms II. (1859–1941, *Deutscher Kaiser: 1888–1918*); Cf. Waldemar GROSCH, Die militärischen Führer des dritten polnischen Aufstandes (1921) im Dilemma zwischen Deutschland und Polen, in: *Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins* 50, 1992, 34–54.

Auf der anderen Seite war das untergegangene Polen plötzlich wieder auferstanden (übrigens zunächst dank deutscher Hilfe). Polen, das als Märtyrer galt und als Hort des Katholizismus, stand nun auf der Seite der Sieger und hatte weder Kriegsschulden noch Schuld am Krieg. Es konnte nicht verwunderlich sein, dass vielen Oberschlesiern hier eine Hoffnung aufzukeimen schien.

8. Die Volksabstimmung

US-Präsident Woodrow Wilson (1856–1924) hatte in seinen 14 Punkten die Wiederherstellung eines polnischen Staates gefordert, der alle »undisputably polish« besiedelten Gebiete umfassen sollte. Dass damit auch Oberschlesien gemeint war, erfuhr die deutsche Delegation erst bei der Aushändigung des Entwurfs zum Versailler Vertrag. Die große Empörung, die in ganz Deutschland zu Massendemonstrationen führte, war aber weniger für die einzige Abänderung der endgültigen Fassung verantwortlich als die Intervention Großbritanniens, das eine Hegemonie Frankreichs auf dem Kontinent befürchtete und in dem neuen polnischen Staat dessen verlässlichen Bündnispartner sah. So wurde im Einklang mit dem Wilsonschen Prinzip der Selbstbestimmung der Völker eine Volksabstimmung beschlossen, die über den Verbleib Oberschlesiens entscheiden sollte. Für die in Paris höchst aktive polnische Delegation stellte diese Rücknahme der bereits zugesagten Gebietsübertragung eine Niederlage dar, weshalb sie mit Unterstützung Frankreichs die Modalitäten dieser Abstimmung in ihrem Sinne beeinflusste. So wurde das Abstimmungsgebiet sofort vom Deutschen Reich abgetrennt und unter alliierte Militäraufsicht gestellt, um etwaige Einflussnahmen von deutscher Seite zu verhindern. Dem Bischof von Breslau (seit 1914 Adolf Bertram [1859–1945, Erzbischof von Breslau: 1914–1945]²¹) wurde die Ausübung seiner Amtsgewalt im Abstimmungsgebiet untersagt; dafür wurde der päpstliche Nuntius in Warschau, Achille Ratti (später Papst Pius XI.) (1857–1939, Papst: 1922–1939), zum Päpstlichen Kommissar für das Abstimmungsgebiet eingesetzt. Dieser galt als Freund Polens, während der gleichzeitig amtierende Nuntius in Deutschland, Eugenio Pacelli (der spätere Papst Pius XII.) (1876–1958, Papst: 1939–1958), den entgegengesetzten Standpunkt einnahm.

Ein Abstimmungstermin wurde zunächst nicht festgesetzt, um eine wahlvorbereitende Werbung organisieren zu können. Die Zeit der Abstimmungsvorbereitung ist eine der finstersten in der oberschlesischen Geschichte: Die alliierte Besatzungstruppe bestand fast nur aus französischen Soldaten, die aus ihren Sympathien für die polnische Seite keinen Hehl machten, die Abstimmungspropaganda übertraf die Werbung selbst bei den späten Reichstagswahlen in Menge und Perfidie um ein vielfaches (für die polnische Seite war Korfanty als Abstimmungskommissar verantwortlich), und ihre Aggressivität spiegelte sich in den blutigen Ausschreitungen zwischen deutschen und polnischen Parteigängern wider. Zudem versuchte die polnische Seite zweimal vor und einmal nach der Abstimmung in zumindest teilweise inszenierten »Aufständen« das Ergebnis vorwegzunehmen bzw. durch ein *fait accompli* zu korrigieren. Alles in allem handelt es sich bei der Abstimmung und der Besatzungszeit um ein Lehrstück für aktuelle Versuche, Konflikte durch internationale »Peace keeping«-Interventionen zu lösen.

21 Über ihn: Sascha HINKEL, Adolf Kardinal Bertram. Kirchenpolitik im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B: Forschungen 117), Paderborn – München – Wien u. a. 2010; Adolf Kardinal Bertram (1859–1945). Sein Leben und Wirken (Quellen und Studien zur Geschichte und Kunst im Bistum Hildesheim 9), hrsg. v. Thomas SCHARF-WREDE, Regensburg 2015, 95–116.

Das Ergebnis der Abstimmung am 20.03.1921 war für beide Seiten unbefriedigend: rund 40 % für Polen (und damit viel mehr, als bei den letzten Reichstagswahlen von 1905 für die polnische Liste gestimmt hatten), rund 60 % für Deutschland (womit gemäß der letzten Volkszählung von 1910 etwa 42 % der »polnischsprachigen« Oberschlesier für Deutschland votiert haben müssen). Zum Entsetzen der deutschen Regierung entschieden sich die Siegermächte für eine Teilung des Abstimmungsgebietes, wobei die konkrete Grenzziehung einer Sachverständigenkommission des Völkerbundes überlassen wurde. Diese beschloss, bei der Teilung nach Gemeinden zu zählen, weshalb das Industriegebiet zu zwei Dritteln an Polen fiel; die kleinen, meist propolnischen Landgemeinden majorisierten die bevölkerungsreichen Industriestädte, die gegen eine Abtrennung votiert hatten. Für die erwartbaren Streitigkeiten wurde eine eigene Völkerbundscommission gebildet, die für 15 Jahre tätig sein sollte und sich vor Beschwerden beider Seiten nicht retten konnte.

Korfanty hatte noch nach der Abstimmung versucht, das Ergebnis zu übersteuern und einen dritten Aufstand begonnen (02./03.05. – 05.07.1921), der unter offizieller Missbilligung durch die polnische Regierung, aber mit heimlicher Unterstützung des polnischen Militärs erfolgte und sich zu einem regelrechten Krieg mit Panzerzügen und Flugzeugen auswuchs. Die französischen Besatzungstruppen verhielten sich passiv und es blieb Freiwilligenverbänden überlassen, den Vormarsch der polnischen »Insurgenten« in einem Gefecht am Annaberg aufzuhalten. 1939 wurde dort ein Ehrenmal zur Erinnerung eingeweiht.

Nach der Abstimmung wanderten aus dem deutsch gebliebenen und dem polnisch gewordenen Teil Personen ab, die sich im aus ihrer Sicht falschen Staat wiederfanden; manche hatten sich auch während der Abstimmungszeit so deutlich profiliert, dass sie Schwierigkeiten befürchteten. In Deutschland hat es meiner Einschätzung nach keinen Vertreibungsdruck gegeben, während der für das nun polnische Ostoberschlesien zuständige Woiwode Michał Grażyński (1890–1965) eine rigide Polonisierungspolitik betrieb und die zahlenmäßig starke deutsche Minderheit massiv unter Druck setzte. Kirchenrechtlich wurde Ostoberschlesien zunächst zur Apostolischen Administratur, 1925 zum Bistum Kattowitz (Erzbistum Krakau), erster Bischof wurde der polnisch gesinnte Oberschlesier Augustyn Hlond (1881–1948).

9. Nationalsozialismus, Krieg und Vertreibung

In der NS-Zeit zeigte sich der obereschlesische Katholizismus ebenso angepasst oder skeptisch wie in anderen katholischen Hochburgen. Selbstverständlich gab es auch hier überzeugte (und auch prominente) Nationalsozialisten, doch hatten Hirtenworte des Bischofs ebenso Wirkung wie die Predigten der Ortspfarrrer, denen man stets mehr Vertrauen entgegenbrachte als den »Preußen« in Breslau oder Berlin. Allzuviel Widerstand brauchen sich die Oberschlesier also nicht nachträglich zugute zu halten: Das Wort des Geistlichen ersparte die eigene Auseinandersetzung mit dem Regime. Kardinal Bertram, auf den mehrere scharfe Hirtenworte zur Unvereinbarkeit der nationalsozialistischen Ideologie mit dem Christentum zurückgehen, verhielt sich als Vorsitzender der Bischofskonferenz nach dem Reichskonkordat sehr zurückhaltend und vorsichtig taktierend; immerhin bestand er bis in die Kriegszeit darauf, dass seine Verlautbarungen auch auf polnisch herausgegeben wurden, und den polnischsprachigen Gottesdienst auf dem Annaberg konnte er offiziell mindestens bis 1942 durchsetzen²².

²² Vgl. Sascha HINKEL, Gefangen zwischen bischöflichem Amtsverständnis und staatskirchenrechtlichen Überzeugungen. Adolf Kardinal Bertram 1859–1945. Fürstbischof von Breslau 1914–

Der Druck auf die polnischsprachigen Oberschlesier wurde immer größer, doch machte der NS-Staat ihnen mit der eigentlich für die neu eroberten Gebiete gedachten »Deutsche[n] Volksliste« ein verlockendes Angebot: Auf »Volksliste 3« standen ausdrücklich die Oberschlesier, die »nicht mehr Deutsch sprachen«, und auf Liste 4 konnten sich »Renegaten« eintragen, die »ins Polentum abgeglitten« waren. Für viele bot sich damit die Gelegenheit, das Stigma des »slawischen Untermenschen« loszuwerden – wenn auch der Preis dafür oft im Dienst in der Wehrmacht bestand.

Mit dem deutschen Angriff auf Polen am 01.09.1939 wurde auch das nach der Volksabstimmung abgetretene Ostoberschlesien besetzt und unverzüglich wieder eingegliedert; die dort lebende deutsche Minderheit empfand dies als Befreiung. Der Bischof von Kattowitz, Stanisław Adamski (1875–1967; 1930–1967 Bischof von Kattowitz), wurde 1941 des Landes verwiesen und seine Diözese dem Erzbistum Breslau angegliedert, aber de facto von einem eigenen Generalvikar verwaltet²³. Im Zuge der nationalsozialistischen Expansion wurde Oberschlesien später im Süden und Osten um Gebiete erweitert; diese Gebiete hatten im Mittelalter zwar zeitweise zu Schlesien gehört, waren mit diesem aber schon lange nicht mehr verbunden. Dies betraf beispielsweise auch Wadowice, den Geburtsort des Papstes Johannes Paul II. (1920–2005; 1978–2005 Papst), der damals allerdings schon in Krakau lebte, und auch die Kleinstadt Auschwitz, neben der das Vernichtungslager entstand.

Die bei Heranrücken der sowjetischen Armee einsetzende Fluchtbewegung erfasste zwar die ganze Provinz, wurde aber für das Industriegebiet so lange wie möglich unterbunden, um die Produktionskapazitäten nutzen zu können; dort ließen sich viele von der »Front« überrollen. Im Gefolge der Roten Armee etablierten sich polnische Behörden, welche die Annektion Schlesiens als Teil der »wiedergewonnenen Gebiete« Polens umsetzen sollten; sie wiesen die nach dem Ende der Kampfhandlungen nach Niederschlesien und in das linksodrige Oberschlesien zurückkehrenden Flüchtlinge ab und vertrieben die dort verbliebenen Deutschen. In deren Wohnungen wurden polnische Vertriebene aus den von Josef Stalin (1878–1953) besetzten Gebieten östlich der Curzon-Linie eingewiesen, fast ausschließlich Katholiken, womit die konfessionelle Landkarte Niederschlesiens völlig verändert wurde. Sie fühlten sich vor Rückgabeansprüchen der ursprünglichen deutschen Besitzer oft nicht sicher und waren deshalb – häufig bis zur Wende – kaum bereit, in die Erhaltung der Bausubstanz zu investieren; weite Teile Schlesiens verfielen.

Die im ehemaligen Abstimmungsgebiet lebenden Oberschlesier wurden aber von den polnischen Behörden getreu der schon bei den Pariser Friedensverhandlungen 1919 vertretenen Position als germanisierte Polen angesehen und sollten nun zu ihrer wirklichen Nationalität zurückgeführt werden. Deshalb war hier die Rückwanderung von Flüchtlingen oder Kriegsgefangenen erwünscht und eine Ausreise in den Westen wurde verboten. Die Polonisierung Oberschlesiens nahm teilweise skurrile Züge an: Wer im Winter 1944 die wegen der heranrückenden Front geschlossenen deutschen Schulen

1945, in: Zwischen Politik und Seelsorge. Katholische Bischöfe in der NS-Zeit, hrsg. v. Maria A. ZUMHOLZ u. Michael HIRSCHFELD, Münster 2018, 54–75.

23 Adamski kehrte 1945 zurück, wurde aber nun von den polnischen Behörden seines Amtes enthoben. Von 1956 bis zu seinem Tod 1967 amtierte er erneut, trat aber kaum noch in die Öffentlichkeit. – Vgl. zuletzt: Maik SCHMERBAUCH, Prälat Franz Wosnitza (1902–1979). Ehemaliger Generalvikar von Kattowitz (Arbeiten zur schlesischen Kirchengeschichte 21), Münster 2010; DERS., Die Seelsorge für die deutschen Katholiken in der Polnischen Diözese Kattowitz und das Diözesanblatt »Der Sonntagsbote« in den Jahren 1925–1939/41 (Arbeiten zur schlesischen Kirchengeschichte 23), Münster 2012.

nach ihrer Wiedereröffnung 1945 wieder aufsuchte, befand sich im selben Klassenzimmer, aber bei einem polnischen Lehrer, der die Benutzung der deutschen Sprache selbst auf dem Pausenhof bestrafte. Deutsche Inschriften wurden sogar auf Grabsteinen entfernt, Orts- und Familiennamen geändert, bei Vornamen wurden deutsch klingende Namen nicht gestattet. Der oberschlesische Dialekt galt nun als Ausdruck einer verwerflichen Nähe zum Deutschtum. Das Freikorps-Ehrenmal auf dem Annaberg wurde 1955 gesprengt und durch ein Denkmal für die polnischen Freiheitskämpfer des Jahres 1921 ersetzt.

Allerdings identifizierten sich die Oberschlesier nur ungern mit dem polnischen Staat, weshalb die freiwillige, später zunehmend durch Pressionen motivierte Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft schließlich durch eine zwangsweise Verleihung (»Verifikation«) ersetzt wurde. Die polnische Regierung konnte deshalb von 1952 bis 1989 formal durchaus korrekt behaupten, es gäbe in Polen keine Deutschen mehr.

Erst nach dem Ende der repressiven Regierung Bierut wurde 1955–1959 eine sogenannte Familienzusammenführung gestattet, bei der Oberschlesier zu Verwandten in Westdeutschland ausreisen durften; danach war selbst eine Besuchsreise im Westen nur möglich, wenn ein naher Verwandter als Geisel in Polen zurückblieb. Erst die Ostpolitik Willy Brandts (1913–1992) führte zu einer neuen Lockerung. Insgesamt sind 1,2 Millionen Menschen als Aussiedler aus Polen in die Bundesrepublik ausgereist; angesichts der fast vollständigen Vertreibung aus allen übrigen deutschen Ostgebieten handelt es sich dabei weit überwiegend um Oberschlesier.

Trotz dieser Abwanderung fand sich nach der Wende in Oberschlesien eine überraschend große Gruppe von Menschen, die angaben, eigentlich Deutsche zu sein. Die von der sich bald konstituierenden Organisation der Deutschen Minderheit in Polen angegebene Zahl von über einer Million ist wohl dem Überschwang der Wende zu verdanken; offizielle Volkszählungen in Polen (z. B. 2011 mit 147 814 Deutschen, davon 78 595 in der Woiwodschaft Oppeln und 35 187 in Niederschlesien) sind aber mit den gleichen Problemen belastet wie die in der Kaiserzeit: Differenziert wird zwischen Menschen »deutscher Identität«, »deutscher Muttersprache« (die ja nur noch bei den ganz Alten anzutreffen sein sollte), Deutschsprachigen mit »polnischer Identität« usw. Inzwischen gibt es viele Oberschlesier, die beide Staatsbürgerschaften je nach Bedarf benutzen, also in Polen als Polen leben, aber im Westen als Deutsche arbeiten.

10. Das Bistum Breslau nach dem Krieg

Erzbischof Kardinal Bertram starb am 06.07.1945; das Domkapitel, durch die Flucht bereits dezimiert, wählte den Domdekan Ferdinand Piontek (1878–1963) zum Kapitelsvikar. Am 12.08.1945 suchte Augustyn Kardinal Hlond (1881–1948), inzwischen Erzbischof von Posen und Gnesen (seit 1926) und damit Primas von Polen, Piontek in Breslau auf und verlangte mit Verweis auf eine päpstliche Anordnung dessen Resignation für die Bistumsteile östlich von Oder und Neiße. Piontek beugte sich und nahm hin, dass Hlond am 15.08.1945 das Bistum aufteilte und drei Administratoren für Breslau, Oppeln und Landsberg an der Warthe ernannte. Tatsächlich hat es diese päpstliche Anordnung nicht gegeben; Papst Pius XII. verlieh Piontek am 28.02.1946 ausdrücklich die Rechte eines residierenden Diözesanbischofs. Hlond hatte aber den polnischen Staat hinter sich, und Piontek floh am 09.07.1946 nach Görlitz, von wo aus er nur noch die deutschen Restgebiete des Erzbistums verwalten konnte. Damit war das alte Erzbistum Breslau zerschlagen, lebte aber in vier Staaten in unterschiedlicher Weise weiter.

In Polen wurden die von Hlond eingesetzten Apostolischen Administratoren in den Folgejahren zu Titularbischöfen erhoben: 1946 Opole, 1951 Wrocław und Gorzów Wielkopolski. De facto handelte es sich bereits um neue Bistümer, die der Papst aber erst 1972 in der Apostolischen Konstitution »Episcoporum Poloniae« offiziell als Erzbistum Wrocław mit den Suffraganen Opole und Zielona Góra-Gorzów (Grünberg-Landsberg) einrichtete. Das ehemals zum Erzbistum Prag gehörende Generalvikariat Grafschaft Glatz wurde Wrocław angeschlossen, das Generalvikariat Branitz kam vom Erzbistum Olmütz an Opole. 1992 wurden mit Legnica (Liegnitz) und Gliwice (Gleiwitz) zwei weitere Bistümer ausgegliedert.

In der SBZ/DDR verwaltete der 1959 zum Titularbischof geweihte Kapitelsvikar Piontek das »Erzbischöfliche Amt Görlitz«, das sich als Zweigstelle des alten Erzbistums Breslau verstand. 1972 wurde es kirchenrechtlich davon abgetrennt und erhielt den Status einer Apostolischen Administratur. 1994 wurde diese zum Bistum erhoben und dem nunmehrigen Erzbistum Berlin unterstellt, das schon 1929 aus dem alten Delegaturbezirk entstanden war.

Die auf dem Gebiet der Tschechoslowakei liegenden Bistumsteile (»Mährisch-Schlesien«) gehörten seit 1978 zum Erzbistum Olmütz und wurden 1996 als eigenständiges Bistum Ostrau-Troppau ausgegliedert.

Die in den Westzonen angekommenen Flüchtlinge und Vertriebenen wurden am neuen Wohnort eingepfarrt, die Priester nach und nach in ihre neuen Bistümer inkardiniert. Vor allem die Pfarrer bemühten sich darum, ihre nun verstreuten Parochianen zusammenzuhalten und auch untereinander im Kontakt zu bleiben – schließlich rechnete man ja mit einer baldigen Heimkehr. In vielen Diözesen wurden diese Priester dafür als Beauftragte für Sondereelsorge freigestellt. 1964 wurde der im Erzbistum Köln tätige ehemalige Pfarrer von St. Andreas in Hindenburg, Oskar Golombek (1898–1972), von der Fuldaer Bischofskonferenz zum »Sprecher der vertriebenen Priester der Erzdiözese Breslau in den Diözesen der Bundesrepublik Deutschland« ernannt – ein nur seiner energischen Persönlichkeit geschuldetes Amt, das aber durch seine Ernennung zum Apostolischen Protonotar aufgewertet wurde. 1972 wurde es kirchenrechtlich als »Apostolischer Visitator der Priester und Gläubigen des Erzbistums Breslau« verankert; Golombeks Nachfolger wurden gleich bei Amtsantritt zu Ap. Protonotaren ernannt, verfügten über ein eigenes Konsistorium und waren Mitglieder der deutschen Bischofskonferenz – ebenso wie die Kanonischen Visitatoren der früher zu Prag und Olmütz gehörenden Generalvikariate Grafschaft Glatz (mit dem einzigartigen Titel eines Großdechanten) und Branitz. Allerdings verloren sie ihre Bedeutung schrittweise: 1984 wurde ihnen das Stimmrecht in der Bischofskonferenz genommen, 1999 wurden sie ganz ausgeschlossen, nach der Emeritierung des schwerkranken Breslauer Visitators Winfried König (2008) wurde kein Nachfolger ernannt, sondern sein Amt kommissarisch vom Glatzer Großdechanten übernommen, bis 2010 alle drei zusammengefasst und 2016 endgültig abgeschafft wurden.

Die Bedeutung der Kirche ist in Polen inzwischen stark zurückgegangen, auch im praktisch rein katholisch gewordenen Schlesien. Dennoch sei nicht unerwähnt, dass es Bischof Alfons Nossol von Oppeln (* 1932, Bischof von Oppeln: 1977–2009) war, der 1989 gegen den Willen des polnischen Episkopats erstmals wieder eine deutschsprachige Messe auf dem Annaberg feierte.